

Kein Platz für Roma

Migration, Rassismus und Antiziganismus in Portugal

■ Ismail Küpeli

Rassismus äußert sich in Portugal nicht nur gegenüber MigrantInnen, sondern wesentlich stärker gegenüber den ca. 40.000 - 50.000 Roma, die eine »einheimische« ethnische Minderheit bilden. Dies unterscheidet Portugal von Deutschland, wo der Rassismus sich zentral gegen die MigrantInnen richtet – und nicht gegen »einheimische« Minderheiten wie etwa Sorben.

Die portugiesische Gesellschaft ist stark geprägt durch zwei Migrationsbewegungen: a) Die Auswanderung von PortugiesInnen nach Nordeuropa (insbesondere Frankreich) und b) die Einwanderung von prekarierten ArbeiterInnen, nicht zuletzt aus den (ehemaligen) Kolonien.

Die massive Auswanderung von PortugiesInnen ist kein neues Phänomen. Bereits unter der Salazar-Diktatur verließen viele Menschen das Land aufgrund von Armut oder politischer Verfolgung. In den 1970er Jahren lebten über eine Million PortugiesInnen im Ausland und die Bevölkerung in Portugal sank von 9,7 Millionen (1960) auf 8,5 Millionen (1970). Die Rücküberweisungen der emigrierten portugiesischen ArbeiterInnen waren bis weit in die 1980er Jahre eine wichtige finanzielle Devisenquelle für Portugal. Noch 1989 lag der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandsprodukt bei über 8%. Die Zahl der PortugiesInnen im Ausland beträgt inzwischen über 5,5 Millionen¹, was bei einer Bevölkerung von zehn Millionen, die noch in Portugal leben, die immense Auswanderung deutlich macht. Unmittelbar nach der Nelkenrevolution 1974 wanderten viele Günstlinge und UnterstützerInnen der Diktatur ins Ausland, neben einigen wohlhabenderen PortugiesInnen, die ihr Vermögen sichern wollten. In den 1970er und 1980er Jahren ging die Arbeitsmigration nach Nordeuropa etwas zurück. Portugal entwickelte sich in den 1990er Jahren zu einer Art migrationspolitischer Zwischenstation, bzw. zur einer »Semiperipherie im globalen Migrationssystem«². Während einerseits portugiesische ArbeiterInnen nach Nordeuropa gingen, um dort prekäre und schlecht bezahlte Jobs zu machen, kamen MigrantInnen nach Portugal, um hier prekäre und schlecht bezahlte Arbeit nachzugehen. Ab Mitte der 1990er Jahre lag die Zahl der EinwanderInnen in Portugal höher als die Zahl der PortugiesInnen, die ins Ausland auswanderten. In der gegenwärtigen Krise hat die Arbeitsmigration von PortugiesInnen deutlich zugenommen. Zielländer sind, neben den reicheren europäischen Ländern, auch die ehemaligen Kolonien. Erwähnenswert ist etwa Angola, welches mit seiner wachsenden Erdölindustrie inzwischen viele gut ausgebildete portugiesische ArbeiterInnen beschäftigt.

Durch die massive Auswanderung der PortugiesInnen und die massenhafte Einberufung von jungen Männern für die portugiesischen Kolonialkriege entstand in den 1960er Jahren in Portugal ein Mangel an Arbeitskräften. Die portugiesische Regierung antwortete hierauf mit der Rekrutierung von Arbeitskräften aus den

Kolonien. Diese portugiesischsprachigen EinwanderInnen aus Ländern Afrikas stellten bis Ende der 1990er Jahre die Mehrheit der MigrantInnen.³ Sie haben, ebenso wie die EinwanderInnen aus Brasilien, in Portugal auf der rechtlichen Ebene gegenüber den anderen MigrantInnen einen bevorzugten Status. Sie können leichter eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und bekommen schneller und unkomplizierter die portugiesische Staatsbürgerschaft.⁴ Es gibt aufgrund der religiösen und sprachlichen Übereinstimmung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und dieser Gruppe der MigrantInnen wenige Debatten bezüglich der staatlichen Sprach- und Religionspolitik.

Die anerkannten MigrantInnen erhalten in Portugal eine Arbeits-erlaubnis und alle ArbeiterInnen, seien es portugiesische oder ausländische, sind rechtlich gleichgestellt. Einige zehntausend »illegale« MigrantInnen wurden 1992, 1996 und 2001 legalisiert, dabei handelt es sich hauptsächlich um Menschen aus der Ukraine, Moldawien, Rumänien und Russland. Inzwischen leben ca. 500.000 MigrantInnen in Portugal, die damit etwa 5% der Gesamtbevölkerung bilden.

Rassismus gegen MigrantInnen und Roma

Allerdings unterscheiden sich die soziale Anerkennung und die ökonomische Position der MigrantInnen deutlich in ihrem rechtlichen Status. Die üblichen rassistischen und sexistischen Klischees finden sich auch in Portugal wieder: Die Bilder von »faulen Schwarzen«, »sexy Brasilianerinnen« und »diebischen Zigeunern« finden sich sowohl im Alltag als auch in den Massenmedien wieder. Insbesondere Schwarze und Roma sind häufig Opfer von verbalen rassistischen Angriffen. Viele MigrantInnen haben eher prekäre Jobs, werden oft unterbezahlt und sind wesentlich mehr von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen als die Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft. ArbeitgeberInnen nutzen die ökonomische Verwundbarkeit der MigrantInnen, insbesondere von OsteuropäerInnen, um schlecht angesehene und körperlich anstrengende Arbeiten für geringe Löhne verrichten zu lassen.

Verglichen mit Deutschland fällt die geringe Anzahl von rassistischen Gewalttaten auf.⁵ Allerdings sind die vorhandenen Daten sehr lückenhaft und sozialwissenschaftliche Untersuchungen rassistischer Gewalt existieren kaum. In einer der wenigen empirischen Untersuchungen wurden für den Zeitraum zwischen 2000 und 2002 neun Fälle von rassistischer Gewalt erfasst, die in sieben der Fälle von PolizistInnen begangen wurden.⁶ Es gibt auch mindestens zwei Fälle, in denen junge Migranten bei Polizeikontrollen erschossen wurden: 2003 ein 26-jähriger Kapverdianer und 2009 ein 14-jähriger Bewohner eines Lissaboner Slums. Die Polizei behauptet, dass die Opfer die PolizistInnen angegriffen hätten, die dann in Notwehr geschossen hätten. In beiden Fällen wurden

die PolizistInnen freigesprochen. Eine weitere Tätergruppe sind vereinzelte FaschistInnen – eine größere militante faschistische Bewegung existiert nicht. Die Roma sind in Portugal sozial und ökonomisch marginalisiert. Die rassistischen Diskriminierungen beginnen in den Schulen, wo portugiesische Eltern verhindern möchten, dass ihre Kinder und Roma-Kinder zusammen unterrichtet werden. Dies ging in der Vergangenheit z.T. soweit, dass an den Schultoren Schilder mit der Aufschrift »Kein Zugang für Zigeuner« aufgestellt wurden.⁷ Die Schulverwaltungen sind oft nicht gewillt oder nicht interessiert, gegen solche Diskriminierungen vorzugehen. In einem Fall fragte die Polizei in den Schulen, ob bei ihnen Roma unterrichtet würden und ob der Schulverwaltung kriminelle Handlungen dieser Schüler bekannt seien. Diese Anfrage der Polizei wurde Ende 2012 bekannt, nachdem ein Schulleiter in Almada, einer Kleinstadt südlich von Lissabon, sich weigerte, diese rassistischen Fragen zu beantworten und sich beim Bildungsministerium darüber beschwerte. Dies löste eine öffentliche Debatte aus.

Bei der Frage nach menschenwürdigem Leben geht die rassistische Diskriminierung weiter. Viele Roma wohnen in Blechhütten in den Slums ohne Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität, weil sie auf dem »normalen« Immobilienmarkt keinen Wohnraum erhalten. Es gibt zwar staatliche Projekte, um halbwegs akzeptable Wohnverhältnisse⁸ möglich zu machen, die aber oft zu wütenden Protesten derjenigen führen, die keine Roma in »ihrer« Nachbarschaft wünschen. In einigen wenigen Fällen eskalierte dieser Protest. Es kam zur Bildung von rassistischen Bürgerwehren, die Jagd auf Roma machten, wie etwa 1997 in der nordportugiesischen Ortschaft Francelos. Eine selbsternannte Miliz beschuldigte die Roma in Francelos des Drogenhandels und organisierte Angriffe auf vermeintliche Dealer und demonstrierte gegen die Roma. Später wurden einige Mitglieder der Miliz wegen Körperverletzungen und Entführungen zu fünf Jahren Haft verurteilt. In weniger beachteten Fällen sind die lokalen Behörden oft nicht gewillt, die Roma vor solchen rassistischen Angriffen zu schützen. In manchen Fällen geht die Vertreibung der Roma aus ihren Siedlungen sogar auf die Initiative der lokalen Behörden zurück, wie etwa in der südportugiesischen Stadt Faro 2003. Daneben führt die Polizei unbegründete und gewalttätige Razzien in Roma-Siedlungen durch. Dabei kommt es auch zu Misshandlungen durch PolizistInnen. Doch müssen diese keine Konsequenzen befürchten: Bisher ist kein Fall bekannt, in dem ein Polizist oder eine Polizistin für rassistische Gewalt bestraft wurde.

Die ökonomische Marginalisierung der Roma hat viele Konsequenzen. Viele müssen auf die informelle Ökonomie ausweichen und etwa als »fliegende Händler« auf Jahrmärkten arbeiten, weil sie keine Jobs auf dem regulären Arbeitsmarkt erhalten. Die Polizei und die örtlichen staatlichen Behörden gehen gegen diese Händler mit unverhältnismäßiger Härte vor und versuchen, sie zu vertreiben. Nicht nur als ArbeiterInnen, sondern auch als KundInnen erfahren Roma Benachteiligungen – sei es, dass sie keinen Eintritt in Geschäfte erhalten⁹ oder Banken ihnen keine Kredite geben. Bisher stehen die antirassistischen NGOs wie etwa »SOS Racismo« und die selbstorganisierten Roma-Gruppen recht allein im Kampf gegen diese vielfältigen Formen des Rassismus. Positiv erwähnenswert ist lediglich, dass es in Portugal bisher keine relevante politische Kraft gibt, die öffentlich antiziganistisch auftritt – anders als in einigen anderen europäischen Ländern. *

Zum Autor

* *Ismail Kúpeli ist Politikwissenschaftler und Aktivist, u.a. in der Bundeskoordination Internationalismus. Er lebt derzeit in Portugal und begleitet die sozialen Bewegungen vor Ort solidarisch und kritisch und berichtet regelmäßig über die Folgen der Wirtschaftskrise und die Proteste gegen die neoliberale Krisenpolitik. Mehr Infos zum Autor auf www.ismail-kupeli.eu.*

Quellen

- * Bruno Dias u.a. (2002): *Migrants, Minorities and Employment in Portugal: Exclusion, Discrimination and Anti-discrimination*. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), Wien.
- * European Commission against Racism and Intolerance (2007): *Third Report on Portugal*. Council of Europe, Straßburg.
- * Pedro Góis, José Carlos Marques (2010): *Portugal – eine Semiperipherie im globalen Migrationssystem*. In: Teresa Pinheiro (Hg.): *Portugiesische Migrationen – Geschichte, Repräsentation und Erinnerungskulturen*. VS Verlag, Wiesbaden. 37-53.
- * Tiago Santos u.a. (2009): *Research Survey on Migrants' Experiences of Racism and Xenophobia in Portugal*. Númena, Porto Salvo.

Fußnoten

- 1 Vgl. Santos u.a. 2009: 15.
- 2 Góis/Marques 2010: 37.
- 3 Seit Ende der 1990er Jahre gibt es verstärkt eine Arbeitsmigration aus Osteuropa, insbesondere etwa aus der Ukraine. So stieg der Anteil der UkrainerInnen an der Gesamtzahl der AusländerInnen in Portugal von 0,4% (2001) auf 20,8% (2004).
- 4 Die bevorzugte Behandlung der portugiesischsprachigen MigrantInnen setzt sich auch dort fort, wo formaljuristisch eine Gleichbehandlung vorgeschrieben ist. Während etwa 99% der Anträge auf Legalisierung von »illegalen« portugiesischsprachigen MigrantInnen erfolgreich waren, wurden 10% bis 43% der Anträge von nicht-portugiesischsprachigen MigrantInnen abgelehnt (vgl. Góis/Marques 2010: 45).
- 5 Gewaltakte meinen hier den Einsatz von massiver physischer Gewalt, mit direkten Folgen wie etwa Körperverletzung. Strukturelle oder psychische Gewalt ist explizit ausgenommen.
- 6 Vgl. Dias/Seabra 2003: 36.
- 7 So etwa 2003 in der Ortschaft Teivas (vgl. ECRI 2007: 30).
- 8 Hier geht es um Selbstverständlichkeiten wie Zugang zu Wasser & Elektrizität.
- 9 Der letzte bekannte Fall ereignete sich im Dezember 2012, als ein Bankmanager einen Kunden vom Sicherheitsdienst aus der Bankfiliale werfen ließ, weil er davon ausgegangen war, dass der Kunde Roma sei.



Zum Text

* *Der Beitrag ist ein Auszug aus der Publikation »Nelkenrevolution reloaded: Krise und soziale Kämpfe in Portugal«, erschienen in Edition Assemblage, 2013. 96 Seiten, 9,80 Euro. ISBN 978-3-942885-27-0*